

Aus dieser Sicht ist die Mehrheit damit einverstanden, hier dem Ständerat zu folgen. Es braucht dann aber eine entsprechende Praxis bei der Anwendung der entschuldbaren Gründe nach Ablauf der Frist von zehn Jahren, wie ich jetzt ausgeführt habe.

Es geht nicht um wenig Geld; soweit ich informiert bin, sind jetzt über 200 Millionen Franken unter diesem Titel deponiert.

**Koller Arnold**, Bundesrat: Ich gebe gerne zu, dass wir aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre bezüglich des Problems der nachrichtenlosen Vermögen stärker sensibilisiert sind, als wir es bei der Ausarbeitung des Entwurfs und der Botschaft waren. Aber jetzt hat der Ständerat, mit dieser Zehnjahresfrist und mit der Möglichkeit, auch nach deren Ablauf noch Ansprüche gegenüber dem Bund geltend zu machen, wirklich eine faire Lösung gefunden.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Lösung auch im internationalen Vergleich gut dasteht. Wenn mich mein Gedächtnis nicht ganz schwer täuscht, haben beispielsweise die USA in bezug auf nachrichtenlose Vermögen eine bedeutend kürzere Frist, nach der das Vermögen an den Staat fällt. Andererseits hat dann aber der Staat die Möglichkeit, später gestellte Forderungen noch zu erfüllen.

Ich möchte Sie daher bitten, der Lösung des Ständerates bzw. dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	55 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	40 Stimmen

#### Art. 86 Abs. 4bis

##### Antrag der Kommission

Keine Ausgabenbremse

#### Art. 86 al. 4bis

##### Proposition de la commission

Pas de frein aux dépenses

**David Eugen** (C, SG), Berichterstatter: Der Ständerat war der Meinung, Artikel 86 Absatz 4bis müsse der Ausgabenbremse unterstellt werden. Das ist indessen nicht so, weil der Bund schon von jeher die Krankenkassenprämien übernommen hat. Allerdings figurieren sie jetzt nicht mehr unter den Fürsorgekosten. Nur deswegen muss hier ein separater gesetzlicher Titel geschaffen werden. Inhaltlich ändert sich nichts. Wenn sich inhaltlich – im Sinne einer neuen Ausgabe – nichts ändert, dann spielt auch die Ausgabenbremse nicht.

Angenommen – Adopté

#### Art. 106 Abs. 2 Bst. d, e, 2bis

##### Antrag der Kommission

Streichen

#### Art. 106 al. 2 let. d, e, 2bis

##### Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

#### Art. 116a

##### Antrag der Kommission

*Titel*

Verhältnis zum Bundesbeschluss vom .... über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich  
*Wortlaut*

Wird gegen den Bundesbeschluss vom .... über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich (BMA) das Referendum ergriffen und wird er in einer Volksabstimmung abgelehnt, so gelten die nachstehend aufgeführten Bestimmungen als gestrichen:

- Artikel 8 Absatz .... (Mitwirkungspflicht bei der Beschaffung von gültigen Reisepapieren);
- Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a1 (Nichteintreten bei Nichtabgabe von Reisepapieren oder Identitätsausweisen);

c. Artikel .... (Nichteintreten bei missbräuchlicher Nachrechnung eines Gesuches);

d. Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a (Nichteintreten bei Identitätsäuschung); in diesem Fall wird der Inhalt von Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b in der Fassung gemäss Ziffer I des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1990 über das Asylverfahren anstelle der gestrichenen Bestimmung von Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a eingefügt; und

e. Artikel 42 Absatz 2 (Sofortiger Vollzug bei Nichteintretentsentscheiden); in diesem Fall wird der Inhalt von Artikel 17a Absatz 2 in der Fassung gemäss Ziffer II des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht anstelle der gestrichenen Bestimmung von Artikel 42 Absatz 2 unter Anpassung der Artikelverweise eingefügt.

#### Art. 116a

##### Proposition de la commission

*Titre*

Relation avec l'arrêté fédéral du .... sur les mesures d'urgence dans le domaine de l'asile et des étrangers

*Texte*

Si une demande de référendum est déposée contre l'arrêté fédéral du .... sur les mesures d'urgence dans le domaine de l'asile et des étrangers (AMU) et qu'il est rejeté en votation populaire, seront considérées comme caduques les dispositions suivantes:

- article 8 alinéa .... (obligation de collaborer à l'obtention de documents de voyage valables);
- article 31 alinéa 2 lettre a1 (non-entrée en matière en cas de non-remise de documents de voyage ou de pièces d'identité);
- article .... (non-entrée en matière en cas de dépôt ultérieur abusif d'une demande d'asile);
- article 31 alinéa 2 lettre a (non-entrée en matière en cas de tromperie sur l'identité); dans ce cas, la teneur de l'article 16 alinéa 1er lettre b, dans la version du chiffre I de l'arrêté fédéral du 22 juin 1990 sur la procédure d'asile, sera incorporée à la place de la disposition biffée de l'article 31 alinéa 2 lettre a; et
- article 42 alinéa 2 (exécution immédiate en cas de décision de non-entrée en matière); dans ce cas, la teneur de l'article 17a alinéa 2, dans la version du chiffre II de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur les mesures de contrainte en matière de droit des étrangers, sera incorporée à la place de la disposition biffée de l'article 42 alinéa 2, après adaptation des renvois aux articles.

**Präsident:** Eine Bemerkung zur Systematik: Artikel 116a entspricht Artikel 106a auf der Fahne 95.088-5.

Angenommen – Adopté

#### B. Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer

#### B. Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers

**Loeb François** (R, BE): Wir kommen jetzt bald zum Artikel mit der Quorumsabstimmung, und ich möchte den Präsidenten bitten, eine Zeit bekanntzugeben, wann diese Abstimmung stattfindet, sonst haben wir wieder die gleiche Problematik wie letztes Mal. Das möchte ich vermeiden.

Ich wäre also froh, wenn Sie, Herr Präsident, uns mitteilen würden, zu welchem Zeitpunkt die Abstimmung stattfinden wird.

**Präsident:** Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ausgabenbremse zu Artikel 25a Anag um 16 Uhr durchzuführen. – Sie sind damit einverstanden.

#### Art. 25a Abs. 1

##### Antrag der Kommission

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



**Minderheit**

(Fischer-Hägglingen, Dettling, Fehr Hans, Ruckstuhl, Schmid Samuel, Steffen, Weyeneth)  
Streichen

**Art. 25a al. 1**

*Proposition de la commission*

**Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Minorité**

(Fischer-Hägglingen, Dettling, Fehr Hans, Ruckstuhl, Schmid Samuel, Steffen, Weyeneth)  
Biffer

**Fischer-Hägglingen Theo (V, AG):** Sie werden sich fragen, warum ich bei diesem Artikel und bei diesem Antrag so hartnäckig bin. Wir haben diesen Artikel nun zweimal durchberaten, und wir haben beide Male das Quorum nicht erreicht. Sie ersehen daraus, dass ein gewisses Unbehagen gegenüber diesem Artikel besteht. Ich möchte noch einmal betonen: Es geht mir vor allem um finanzpolitische Überlegungen. Ich habe beide Male dargetan, dass wir hier wieder eine neue Bundesausgabe beschliessen, und weil wir das machen, unterliegt der Artikel der Ausgabenbremse.

Wir nehmen auch – das haben wir das letzte Mal auch mitbekommen – eine neue Verflechtung von Aufgaben zwischen den drei Ebenen vor. Das widerspricht nach meiner Auffassung der gegenwärtigen Politik, die wir auf anderem Gebiet betreiben. Wir sind daran, die Aufgabenteilung neu vorzunehmen; wir diskutieren einen neuen Finanzausgleich; wir haben am Sonntag über das «Haushaltziel 2001» abgestimmt; wir haben am «runden Tisch» von allen Beteiligten einen Schwur verlangt, dass sie sich in Zukunft ja sparsam verhalten und alles daransetzen sollten, dass der Bundeshaushalt im Jahre 2001 saniert ist.

Wir können nicht ständig schöne Vorsätze fassen, wir können nicht bei jeder Rechnungsabgabe – was wir heute abend bei der Staatsrechnung wieder machen –, bei jedem Voranschlag sagen: Wir müssen sparen, wir dürfen dem Bund nicht neue Aufgaben überbinden. Solange wir nicht bereit sind, auf der einen Seite eine gewisse Verzichtplanung vorzunehmen und auf der anderen Seite eine Ausgabendisziplin an den Tag zu legen, können wir den Bundeshaushalt nicht in Ordnung bringen, können wir ihn nicht sanieren. Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre betrachten, haben wir bei verschiedenen Sachvorlagen keine finanzpolitischen Überlegungen angestellt.

Es ist der grosse Mangel unseres politischen Systems, dass wir die einzelnen Sachvorlagen rein vom Bedürfnis her angehen und auf der anderen Seite die finanziellen Konsequenzen dieser Sachvorlagen nicht in Rechnung stellen. Die Rechnung wird uns dann in einigen Jahren präsentiert, und dann sind wir erstaunt, dass wir wegen diesen in früheren Jahren eingegangenen Verpflichtungen in die roten Zahlen geraten. Finanzpolitik muss bei jeder Vorlage gemacht werden und nicht nur im Juni und im Dezember bei der Beratung der entsprechenden Rechnungen und Voranschläge.

Weil ich all die schönen Sprüche, die wir im Zusammenhang mit Finanzpolitik immer wieder von uns geben und die uns langfristig unglaublich machen, nicht mehr hören kann, habe ich mir vorgenommen, jeweils bei Sachvorlagen anzu treten, um Korrekturen zu bewirken. Ich werde gegen andere Vorlagen, die der Bundesrat uns in Zukunft unterbreitet und mit denen er uns wieder neue Aufgaben zu beschliessen vorschlägt, mit gleicher Hartnäckigkeit antreten. Ich möchte an Sie appellieren, finanzpolitische Überlegungen anzustellen, wenn Sie dann abstimmen.

Es ist von der Sache her richtig, dass die Integrationsbestrebungen zu unterstützen sind. Das ist aber eine Aufgabe der Gemeinden und der Kantone. Wir sollten diese Aufgabe dort ansiedeln, wo sie am besten erfüllt wird. Bei dieser Diskussion ist mir auch aufgefallen, wie viele potentielle Subventionsempfänger sich bereits gemeldet haben. Ich habe aus erhaltenen Briefen herausgelesen, dass man hier wieder zusätzliche Mittel vom Bund erwartet, um selber seine Organi

sation in irgendeiner Form wieder zu aktivieren und zu Geld zu kommen.

Wenn wir richtig kommunizieren, wird verstanden, dass auch in Zukunft die Integrationsbestrebungen von den Gemeinden und den Kantonen vorzunehmen sind. Wir werden dann mit sehr fragwürdigen Projekten konfrontiert, die wir vom Bund aus nicht kontrollieren können und die wir dann einfach, weil von Kantonen, Gemeinden und Organisationen die entsprechenden Anträge gestellt worden sind, übernehmen und finanzieren müssen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen und Artikel 25a Absatz 1 zu streichen.

**Vollmer Peter (S, BE):** Ich spreche auch schon zum dritten Mal zu diesem Artikel. Ich werde immer trauriger, wenn ich sehe, dass wir zweimal in diesem Rat eine klare Mehrheit gehabt haben, die sich dafür ausgesprochen hat, dass dieser Integrationsartikel im Anag Sinn macht, und dass es uns wegen dieser unseligen Ausgabenbremse trotzdem nicht gelungen ist, eine Mehrheit zu finden, weil Leute, die offenbar sonst dafür sind, einfach durch Abwesenheit glänzen. Eigentlich müsste man sich gar nicht mit denjenigen auseinander setzen, die den Minderheitsantrag stellen. Sie strafen eigentlich ihre eigenen Vorstellungen Lügen, weil sie den Entscheid des Rates, den wir zweimal gefällt haben, nicht respektieren. Dieser Rat will diesen Integrationsartikel; er hat sich dafür ausgesprochen. Wenn jetzt Herr Fischer-Hägglingen im Namen der SVP-Fraktion einfach finanzpolitische Gründe ins Feld führt, ist das mehr als unglaublich. Es ist bereits mehr als zweimal – auch von Seiten des Bundesrates – darauf hingewiesen worden, dass eine gute Integrationspolitik gegenüber Ausländern, die hier leben, für den Staat sogar günstig kommt, wenn man das nur nach den Kosten rechnet. Wir haben uns das letzte Mal über diese Studie zur Delinquenz von Jugendlichen unterhalten und haben festgestellt: Je besser die Menschen integriert sind – das gilt nicht nur für Ausländer, sondern auch für Schweizer –, je besser sie in einem sozialen Netz integriert sind, desto kleiner ist die Delinquenz. Genau hier haben wir die Chance und die Möglichkeit, etwas zur Sicherheit der Bürger beizutragen.

Ich bin um so mehr erstaunt, weil Sie, Herr Fischer, mit Ihrer Argumentation eigentlich verglichen mit dem, was Ihre Partei sonst vertritt, lügen. Wir hatten im Kanton Bern gerade Wahlen, und die offizielle Haltung der SVP des Kantons Bern war – so wurde es publiziert und verbreitet –, man wolle sich unbedingt einsetzen für die Integration der Ausländer, die bereits hier leben, man habe aber grosse Vorbehalte gegenüber der neuen Zuwanderung. Ihre Partei hat sich also explizit dafür ausgesprochen, dass man sich für die Ausländer, die hier leben, einsetzt, dass man Integrationsbestrebungen unterstützt. Und jetzt, hier im Rat, wenige Wochen nach diesen Wahlen, erzählen Sie im Namen Ihrer Partei das Gegenteil! Das ist eine unglaubliche Politik; so lügen Sie die Wählerinnen und Wähler an. Ich hoffe, dass dieser Rat dieser Politik mit einer klaren Zustimmung zu Artikel 25a eine Ab sage erteilt.

Es geht ja gar nicht darum, dass irgendwelche Projekte unterstützt werden. Zudem ist es eine Kann-Formel: Der Bundesrat wird sich genau überlegen, in welchen Bereichen er diese Mittel ausschütten wird.

Es gibt noch eine zweite Bedingung, nämlich die Bedingung, dass auch die Gemeinden und die Kantone mitziehen. Es ist nicht so, dass der Bund etwas Neues erfindet. Es geht darum, dass der Bund – der Bund macht ja die Ausländerpolitik, der Bund legt durch das Anag fest, wie viele Ausländer in diesem Lande leben, der Bund legt fest, wie lange sie hier bleiben können, der Bund erteilt letztlich die entsprechenden Bewilligungen – den Kantonen hilft, ihre Last in diesem Bereich zu tragen.

Die grössten Lasten in diesem Bereich, Sie wissen es, werden nicht einmal von staatlichen Stellen erbracht. Sie werden von anderen Organisationen erbracht: von Hilfswerken, von unseren Kirchen. Es ist kein Zufall, dass sich gerade die verschiedenen Landeskirchen engagiert für diesen Artikel einsetzen. Hier geht es darum, auch ihre Arbeit zu würdigen, zu

respektieren und mitzuhelfen, dass sie diese wichtige Aufgabe weiterhin erfüllen können.

Was Sie hier vertreten, Herr Fischer, diese Politik der SVP, ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Wählerinnen und Wähler, es ist auch ein Schlag ins Gesicht unserer Landeskirchen und all der Menschen, die sich in diesem Lande dafür einsetzen, dass wir alle möglichst gut und sozial in Frieden zusammenleben können.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Artikel zu, aber stimmen Sie ihm auch mit dem nötigen Quorum zu. Sorgen Sie dafür, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal anwesend sind. Es wäre fatal, wenn dieser Artikel einmal mehr einfach an den leeren Stühlen scheitern würde.

Wir müssen uns überlegen, ob die Ausgabenbremse so gesehen noch einen Sinn hat. Wir haben diesen Sinn immer bestritten und dagegen gekämpft. Wenn Politik bedeutet, dass die leeren Stühle die Politik machen, dann hat die Politik abgedankt.

**Bühlmann Cécile (G, LU):** Ich möchte vor allem zu Herrn Fischer-Hägglingen und zur SVP-Fraktion sprechen, denn Herr Fischer sagt hier vorne zum dritten Mal, er sei im Prinzip nicht gegen die Integration, aber er sei dagegen, dass das der Bund tue, das sei Sache der Gemeinden und Kantone. Ich habe genau hingehört, Herr Fischer. Sie haben heute wieder genau gleich mit Aufgabenentflechtung argumentiert. Eine solche Gemeinde, nämlich die Stadt Zürich, wollte genau ein solches Projekt mit ganzen 50 000 Franken unterstützen, und zwar ging es um ein Kontaktnetz für in Zürich bereits ansässige Familien aus Kosovo, um deren soziale Integration zu erleichtern. Das ist ein Paradebeispiel für ein Integrationsprojekt an der Basis in einer Gemeinde.

Herr Fischer, die Zürcher Sektion Ihrer Partei hat dagegen das Referendum ergriffen und einen Abstimmungskampf geführt, dessen Niveau man nicht mehr unterschreiten kann. Sie hat leider gewonnen und damit im Kampf für das friedliche Zusammenleben der Einheimischen und Zugewanderten einen Pyrrhussieg errungen. Deshalb glaube ich Ihnen einfach nicht mehr, dass es Ihnen nur um die Finanzen geht. Was dieser Abstimmungskampf gekostet hat, hätte dieses Projekt auf Jahre hinaus saniert. Es geht ums Prinzip, sich auf Kosten der Nichtintegrierten politischen Zulauf zu organisieren. So kann es doch nicht weitergehen! Wir können doch nicht eine solche Politik weiterverfolgen. Deshalb ist es ganz dringend, heute in diesem Saal – gerade nach dem, was am letzten Wochenende in Zürich passiert ist – im dritten Anlauf endlich dieses Quorum zustande zu bringen. Ich weiss, dass die Mehrheit dieses Rates – ich wende mich jetzt an die, die dem immer zugestimmt haben – dem Prinzip zustimmt. Es darf kein drittes Mal am Quorum scheitern.

Ich bitte Sie dringend, Ihre Kolleginnen und Kollegen zu organisieren, damit sie um 16.00 Uhr präsent sind, denn nur daran liegt es jetzt nämlich noch.

**Caccia Fulvio (C, TI):** Ich nehme auch zum dritten Mal davon Kenntnis, dass Kollege Fischer die Integration der Ausländer zwar befürwortet, diese aber als Sache der Gemeinden und eventuell der Kantone betrachtet.

Lieber Kollege Fischer: Abgesehen vom Fall Zürich, bei welchem am letzten Sonntag wieder zum Ausdruck gekommen ist, wie ernsthaft diese Integration in der Gemeinde unterstützt wird, möchte ich auch einige Feststellungen machen, wie sie Herr Vollmer gemacht hat. Die Ausländerpolitik wird seit langem vom Bund, also von uns hier, definiert. Sie beruht im wesentlichen auf drei Pfeilern, und einer dieser Pfeiler ist schon lange die Integration, obwohl diese aufgrund verschiedener Gegebenheiten vom Bund nicht sehr wirksam unterstützt werden konnte; unter anderem fehlten bisher die Gesetzesgrundlagen, die wir heute wieder einmal diskutieren.

Eine weitere Feststellung: Man geht meist immer noch davon aus, dass die Integration eine fürsorgerische Tätigkeit zugunsten der Ausländer ist, dass sie deswegen nur Kosten erzeugt und sonst nichts anderes bringt. Ich glaube, es wäre endlich an der Zeit, zu erkennen, dass Integration zwischen

ausländischer und einheimischer Bevölkerung eine sehr wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ist. Sie ist im Interesse aller; ich würde sogar sagen, sie ist Öl im komplexen Getriebe der Gesellschaft. Und wenn die Gesellschaft besser funktioniert, so ist das im Interesse aller, auch im Interesse der Behörden und der öffentlichen Kassen, auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

Ich möchte auch klarmachen, dass sich besonders in den letzten Jahren eine interessante Zusammenarbeit mit mehreren Ländern Europas entwickelt hat, die ungefähr dieselben Probleme haben wie die Schweiz. Diese Zusammenarbeit hat meines Erachtens interessante Impulse für die Arbeit im Bund gegeben; Sie wissen, dass ich seit sieben Jahren Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission bin. Wer kann sonst diese internationale Zusammenarbeit pflegen, wenn nicht der Bund? Sicher nicht die Gemeinden, sicher nicht die Kantone!

Aber es gibt auch spezifische Themen, die auf Bundesebene angegangen werden müssen; eines betrifft die Information über diese Problematik – Information, die immer mehr auch zusammen mit der SRG gestaltet werden muss. Und mit der SRG können wiederum nicht die Kantone und Gemeinden allein verhandeln und diskutieren.

Eine Bemerkung zum Schluss: Gerade heute findet im Bahnhofbuffet Bern während des ganzen Tages eine höchst interessante Tagung statt. Sie wird organisiert von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, zusammen mit der Eidgenössischen Ausländerkommission. Sie behandelt das schwierige Problem des Sprachunterrichtes für Ausländer. Das ist ein höchst interessanter Bereich, wo Lösungen im Interesse der Gesellschaft und der Wirtschaft liegen. Aber ohne eine Möglichkeit, dass auch der Bund eine gewisse Vorinvestition für die Behandlung dieser Themen leistet, geht es eigentlich nicht.

Deshalb plädiere ich im Namen der CVP-Fraktion dafür, dass wir heute im dritten Anlauf nicht nur eine Mehrheit für diesen Integrationsartikel erzielen, sondern auch endlich das Quorum erreichen. Die Mehrheit unseres Rates hat schon zweimal gezeigt, dass sie das will. Der Ständerat hat auch schon zweimal mit sehr deutlichen Mehrheiten gesagt, dass dieser Integrationsartikel als bescheidener Beitrag des Bundes an die Anstrengungen der Gemeinden und Kantone in dieses Gesetz gehört – im Interesse der gesamten schweizerischen Gesellschaft.

**Keller Rudolf (D, BL):** Es ist so, dass die SVP-Fraktion und einige andere bürgerliche Fraktionen sicherlich ihre Begründung haben, warum sie diesen Passus ablehnen. Wir sehen das ganz anders, und ich sage Ihnen auch klar, wie wir es sehen:

Ich lebe in der Nähe der Gemeinde Pratteln. Die Gemeinde Pratteln hat heute einen Ausländeranteil von 34 Prozent, Tendenz steigend; es ist eine grosse Gemeinde mit 18 000 Einwohnern. Es bilden sich nun Ghettos im wahrsten Sinne des Wortes. Integration ist schlicht nicht mehr möglich; die Einheimischen separieren sich von den Zugewanderten, da können Sie machen, was Sie wollen; das ist völlig aussichtslos. Heute sind wir in unserem Lande eben dermassen überfremdet und übervölkert, dass Integration sehr weitgehend zu einem frommen Wunschdenken geworden ist. Das ist die Meinung unserer Partei.

Deshalb kommen auch die Abstimmungsresultate in der Stadt Zürich nicht von ungefähr. Wir haben vor etwas mehr als einem Jahr in der Stadt Zürich ein SD-Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung im Alleingang gewonnen, weil einfach serienweise Leute eingebürgert werden, die nicht einmal mehr annähernd überhaupt unsere Sprache «beherrschen». Wenn man solche Leute eingebürgert, dient das eben der ganzen Sache auch nicht, dessen sollten Sie sich bewusst sein! Wenn am letzten Wochenende in Zürich wieder eine ähnliche Vorlage abgelehnt worden ist, dann kommt auch das nicht von ungefähr, weil da ausgerechnet Leute integriert werden sollten, die als Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, die es eigentlich nur während einer gewissen Zeit bei uns zu integrieren gilt, und nachher sollten die mei-

sten von diesen Leuten eben wieder zurück in ihr Heimatland; das wäre ja der Sinn der Asylpolitik.

Ich muss Ihnen sagen: Ich kenne weit über meine Partei hinaus viele sogenannt «kleine Leute», die sich zunehmend an die Wand gedrückt fühlen, sich in unserem Land so fühlen wie Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse, weil sie das Gefühl haben, dass für die Eingewanderten immer mehr getan wird und für die Einheimischen tendenziell immer weniger.

Es liegen bereits Vorlagen in der Schublade, wonach man bei der AHV Abstriche machen will, und bei der IV wird über Rentenkürzungen diskutiert. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Opposition in der Bevölkerung aufkommt, wenn weite Volkskreise diese Art von Ausländerpolitik nicht mehr verstehen, wenn weite Volkskreise dann auch der Meinung sind, dass mit dem Anteil, den sie an die Steuergelder bezahlen, nicht auf diese Art und Weise sogenannte Integration betrieben werden dürfe.

Wenn Sie heute diesen Beschluss fällen – und es könnte sein, so wie die Zusammensetzung des Rates jetzt ist, nachdem der Präsident und andere so intensiv dazu aufgerufen haben, hier anwesend zu sein –, wenn Sie also heute Ihre Mehrheit zusammenbekommen, dann ist das für sehr viele Leute in unserem Land ein Signal, und zwar ein negatives Signal, das zur weiteren Polarisierung innerhalb der bereits sehr stark polarisierten Ausländerpolitik beitragen wird. Auch dessen müssen Sie sich natürlich bewusst sein.

Schlussendlich vertrete ich ganz klar die Meinung: Sollen doch diejenigen Kreise bezahlen, welche die Leute ins Land holen – und nicht wir Steuerzahler! Nicht wir Steuerzahler sind es, die diese Leute holen, sondern andere Kreise. Diese sollen bitteschön für diese Integrationskosten aufkommen.

**David Eugen (C, SG), Berichterstatter:** Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 11 zu 7 Stimmen, diesem Artikel zuzustimmen. Ausländerpolitik besteht einerseits – damit haben wir uns nun während mehreren Stunden befasst – aus Polizeirecht, aus verschärftem Polizeirecht, dahingehend, dass Ausländer, denen wir den Aufenthalt in unserem Land nicht zugestehen können und wollen, die Schweiz verlassen müssen. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe Ausländer, denen wir rechtmässigerweise zugestanden haben, dass sie mit uns in diesem Lande leben dürfen.

Um diese Gruppe, die rechtmässig anerkannt in unserem Lande leben darf, geht es hier. Wenn uns etwas am inneren Frieden gelegen ist – das möchte ich Herrn Fischer-Hägglingen zu bedenken geben –, dann gehört eine Integrationspolitik dazu. Man muss jenen Leute, deren Anwesenheit man in diesem Lande zulässt, die Möglichkeit geben, sich zu integrieren. Der Antrag der Minderheit (Fischer-Hägglingen) will, dass man das nicht tut, was darauf hinausläuft, dass man Ghettos akzeptiert, die entstehen. Das ist eine ganz andere Optik in der Ausländerpolitik, mit der sich die Kommissionsmehrheit nicht identifiziert; auch ich nicht.

Eine zweite Überlegung geht dahin, dass Sie sagen, der Bund habe hier nichts zu suchen, das sei Sache der Kantone und Gemeinden. Zuerst rufe ich Ihnen einmal in Erinnerung, dass die Kantonsvertretung, der Ständerat, dieser Bestimmung unter mehrmaligen Anläufen jedes Mal zugestimmt hat, auch unter Beachtung der kantonalen Verantwortlichkeiten und Kompetenzen.

Zum zweiten geht es auch darum, dass sich der Bund, der nach der Verfassung für das Ausländerrecht verantwortlich ist, von den faktischen Problemen, die auf Gemeindeebene anstehen und die für viele Gemeinden alleine sehr schwierig zu lösen sind, nicht dispensieren soll. Denken Sie an die Probleme, die in Schulen, in Quartieren und generell beim Zusammenleben in kleineren Einheiten entstehen! Die Gemeinden sind nicht in der Lage, alleine und ohne sachkundige Mitwirkung von Fachkräften mit diesen Problemen fertig zu werden. Auch können die Gemeinden das nicht allein finanzieren. Hier ist der Bund gefragt. Hier liegt seine Verantwortung in der Ausländerpolitik in bezug auf die Integrationsproblematik. Er muss insbesondere die geeigneten Instrumente ermitteln und auch klären, was zu tun ist und wie man es tun

kann. Das kann nur auf einer übergeordneten schweizerischen Ebene geschehen.

Wenn der Rat der Bestimmung im Zusammenhang mit der Ausgabenbremse nicht zustimmen würde, wäre die Sache aber noch nicht erledigt. Es müsste dann eine Einigungskonferenz stattfinden, und der Rat hätte über einen Antrag der Einigungskonferenz zu beschliessen.

Ich empfehle Ihnen aber, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

**Ducrot Rose-Marie (C, FR), rapporteur:** L'intégration est une composante essentielle de la politique d'asile. Dans l'arrêté fédéral urgent que nous avons traité ce matin, dans le message notamment, le Conseil fédéral a manifestement exprimé son opinion. Prioritairement, nous devons encadrer et suivre ceux que nous avons accueillis. Ce n'est pas seulement une tâche cantonale et communale, c'est une tâche de toutes les collectivités, y compris de la Confédération, je vous le rappelle.

Il y a un principe qui est inviolable, c'est le suivant: qui commande paie! Et qui commande en matière d'asile? C'est la Confédération. Nous! En décidant, nous nous engageons également à couvrir les frais inhérents à cette mission.

C'est à l'unanimité, tous partis confondus, Monsieur Fischer-Hägglingen, que le Conseil des Etats a accepté les dépenses afférentes à cet objet. Nous avons fait un pas de géant vis-à-vis du Conseil des Etats en durcissant cette loi sur l'asile.

Je vous demande une dernière fois de faire un pas en direction du Conseil des Etats en acceptant massivement ces dépenses d'intégration. C'est notre devoir, et je pense que nous devons le remplir à satisfaction!

**Präsident:** Die LdU/EVP-Fraktion teilt mit, dass sie die Mehrheit unterstützt.

**Koller Arnold, Bundesrat:** Zunächst verdient klargestellt zu werden, worum es hier geht. Es geht hier nicht um die bessere Integration von Flüchtlingen oder vorläufig Aufgenommenen. Dafür gibt es einen eigenen Artikel im Asylgesetz, nämlich Artikel 86 Absatz 4. Hier geht es aber um die bessere Integration der Ausländerinnen und Ausländer, die wir im Interesse des Landes und der Wirtschaft herbeigerufen haben. Diese kamen nicht nur aus eigenem Antrieb, sondern wir haben sie bewusst im Rahmen unserer Gastarbeiter- und Fremdarbeiterpolitik in dieses Land geholt, weil unsere Wirtschaft sie braucht.

Nun ist es eine grosse Zahl, und Sie wissen, dass wir alles Interesse haben, diese Zahl künftig zu stabilisieren. Aber wenn man diese Leute doch selber holt und nun heute eindeutig feststellt, dass sich hier angesichts der grossen Zahl und auch der Herkunft gewisser Ausländer – wenn Sie an die Türkei oder andere Gebiete denken – Probleme ergeben, dann ist es wirklich unsere Pflicht, auch für ihre bessere Integration zu sorgen. Das waren alles Entscheide des Bundesrates und des Parlamentes, dass wir die Türken, die Jugoslawen geholt haben. Das war nicht irgendwie eine Fluchtbewegung, sondern wir haben diese Menschen hierher geholt. Es ist eindeutig, dass die Gemeinden und die Kantone mit dieser Aufgabe überfordert sind.

Wenn wir bedenken, dass es in der Schweiz Ausländer aus etwa 180 verschiedenen Staaten gibt, dann ist natürlich eine Gemeinde – auch wenn sie nicht Ausländer aus 180 Staaten, aber aus sehr verschiedenen Staaten, aus sehr verschiedenen Kulturen hat – überfordert, und der Bund muss daher eine subsidiäre Hilfestellung leisten. Es wird eine subsidiäre Hilfestellung bleiben, denn die eigentliche Integrationsarbeit muss natürlich möglichst nahe bei den Menschen geleistet werden, und dafür sind zweifellos die Gemeinden und die privaten Vereine besonders geeignet. Aber ohne diese Hilfestellung von seiten des Bundes ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen, und jene, die Angst haben, es könnte hier ein Subventionshahn zu sehr geöffnet werden, frage ich: Haben Sie Angst vor Ihrem eigenen Mut? Sie, dieses Parlament und nicht irgendeine Organisation oder der Bundesrat, werden je-

des Jahr im Rahmen der Budgetdebatte den Betrag selber festlegen.

Aus all diesen Gründen möchte ich Sie dringend bitten, diesem Artikel nun mit dem nötigen Mehr zuzustimmen. Es ist ein zentrales Ziel der Ausländerpolitik des Bundesrates, und auch der Ständerat hat diesem Integrationsartikel schon zum zweiten Mal mit klarem Mehr zugestimmt.

**Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**

**Namentliche Abstimmung**

**Vote nominatif**

(Ref.: 2083)

**Für den Antrag der Mehrheit stimmen:**

**Votent pour la proposition de la majorité:**

Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Berberat, Bircher, Blaser, Bonny, Borel, Bosshard, Bühlmann, Burgenner, Caccia, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, Christen, Columberg, Comby, David, de Dardel, Deiss, Dormann, Ducrot, Dünki, Durrer, Eberhard, Eggly, Ehrler, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Gaidient, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heberlein, Heim, Herczog, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Jans, Jaquet, Keller Christine, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Meier Samuel, Müller-Hemmi, Nabholz, Ostermann, Pelli, Philipona, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schmid Odilo, Semadeni, Simon, Stamm Judith, Strahm, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Tschopp, Vallender, Vermot, Vollmer, Weber Agnes, Widmer, Widrig, Zapfl, Zbinden, Zwygart

(110)

**Für den Antrag der Minderheit stimmen:**

**Votent pour la proposition de la minorité:**

Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Bezzola, Blocher, Bortoluzzi, Brunner Toni, Dettling, Egerszegi, Engelberger, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Gusset, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Otto, Keller Rudolf, Kofmel, Kunz, Maspoli, Mühlemann, Müller Erich, Oehrli, Ruckstuhl, Schenk, Scherrer Jürg, Schlüer, Schmied Walter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Theiler, Tschuppert, Vetterli, Waber, Weigelt, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss

(48)

**Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:**

Bührer, Gros Jean-Michel, Gysin Hans Rudolf, Leuba, Scheurer, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter

(7)

**Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:**

Binder, Borer, Cavadini Adriano, Dreher, Dupraz, Filliez, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Genger, Giezendanner, Goll, Grob, Guisan, Imhof, Jeanprêtre, Jutzet, Kühne, Lötscher, Maitre, Maurer, Meyer Theo, Moser, Pidoux, Pini, Randegger, Ruf, Sandoz Suzette, Spielmann, Stucky, Vogel, von Allmen, von Felten, Wiederkehr, Ziegler

(35)

**Das qualifizierte Mehr ist erreicht**

**La majorité qualifiée est acquise**

**Art. 25c**

**Antrag der Kommission**

**Mehrheit**

**Festhalten**

**Minderheit**

(Schmid Samuel, Dettling, Fehr Hans, Fischer-Hägglingen, Ruckstuhl, Steffen, Weyeneth)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Eventualantrag Bäumlin**

(falls der Antrag der Minderheit angenommen wird)

.... Personendaten nach Artikel 22c Absatz 2 Buchstaben a bis e auch an Staaten .... Datenschutz verfügen. Die Bekanntgabe von Angaben wie Aufenthaltsorte, Reisewege, Anwesenheitsbewilligung und erteilte Visa (Bst. d und e) an Herkunftsänder ist untersagt, wenn sie für ein Asylverfahren erheben wurden. Die Zweckbindung ....

**Schriftliche Begründung**

Da in Artikel 25b Anag auch Rückübernahmeverträge mit Herkunftsstaaten wie der Bundesrepublik Jugoslawien enthalten und mitgemeint sind, muss nun hier in Artikel 25c ausgeschlossen werden können, dass aus den Angaben der Buchstaben d und e auf Asylsuche geschlossen werden kann, was Oppositionelle an einen mindestens potentiellen Verfolgerstaat ausliefern könnte. Mit der sorgfältigen Unterscheidung und Formulierung wird andererseits vermieden, dass die Schweiz nicht «Dublin-tauglich» sein könnte.

**Art. 25c**

**Proposition de la commission**

**Majorité**

**Maintenir**

**Minorité**

(Schmid Samuel, Dettling, Fehr Hans, Fischer-Hägglingen, Ruckstuhl, Steffen, Weyeneth)

**Adhérer à la décision du Conseil des Etats**

**Proposition subsidiaire Bäumlin**

(au cas où la proposition de la minorité serait adoptée)

.... les données nécessaires selon l'article 22c alinéa 2 lettres a à e, à des Etats qui .... un système de protection des données équivalent au système suisse. Il est interdit de communiquer au pays d'origine du ressortissant des données tels que les lieux de séjour, les itinéraires empruntés, l'autorisation de résidence et le visa accordé (let. d et e), lorsque celles-ci ont été prélevées dans le cadre d'une procédure d'asile. Les accords en question ....

**Schmid Samuel (V, BE):** Wir beantragen hier im Sinne der Differenzbereinigung, der Fassung des Ständerates zuzustimmen, um die Vorlage nicht weiter zu belasten. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

**Bäumlin Ursula (S, BE):** Für die SP-Fraktion möchte ich dem Ratspräsidenten, dem Herrn Bundesrat und Ihnen folgendes sagen: Unter der Leitung von Herrn David hat der Nationalrat bei der letzten Differenzbereinigung eine annehmbare Lösung für diesen Artikel 25c gefunden, in dem es um die Weitergabe von zum Teil sehr heiklen Daten an Vertragsländer geht – Daten über abgewiesene Asyl- und Schutzsuchende oder Ausländer und Ausländerinnen, die die Schweiz verlassen müssen.

Wir haben das Problem, dass in Artikel 25b alle möglichen und unmöglichen Abkommen in diesem Zusammenhang genannt werden, Kraut und Rüben durcheinander: Rückschiebeabkommen mit den umliegenden Ländern, in denen Schutzsuchende aus Drittländern so wenige oder so viele Rechte haben wie bei uns und in denen auch ein vergleichbarer Datenschutzstandard vorhanden ist, und Abkommen mit Ländern ohne jeden rechtsstaatlichen Datenschutz, die ausserdem zugleich Herkunftsänder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und von Ausländerinnen und Ausländern sind, die sie vertrieben oder deren Verfolgung durch paramilitärische Verbände sie geduldet haben und deren Rückkehr nur mittels Abkommen und Kostenübernahme erkauf und erzwungen werden kann.

So leid es mir tut, muss ich hier wiederum das krasse Beispiel des Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien nennen, denn in diesem Abkommen sind alle in Artikel 22c Absatz 2 Buchstaben a bis f enthaltenen Bestimmungen aufgezählt. Auf Vorschlag von Herrn David hat unser Rat diese Datenarten auf die in den Buchstaben a bis c genannten eingeschränkt. Jetzt kommt der Ständerat und will auch noch die in den Buchstaben d und e genannten



## Asylgesetz und Anag. Änderung

### Loi sur l'asile et LSEE. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.088
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.06.1998 - 15:00
Date	
Data	
Seite	1088-1095
Page	
Pagina	
Ref. No	20 044 036